



Der Minister

Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie
des Landes Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

14. November 2017

Seite 1 von 1

Aktenzeichen

(bei Antwort bitte angeben)

Telefon 0211 61772-0

An den
Vorsitzenden des
Ausschusses für Wirtschaft, Energie,
und Landesplanung
des Landtags Nordrhein-Westfalen
Herrn Georg Fortmeier MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf



Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Landesplanung am 18. Oktober 2017

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

gerne stelle ich meinen Sprechzettel zu TOP 5 der o.g. Sitzung „**Ein-
satz der NRW-Landesregierung für Transparenz und einen raschen
Atomausstieg in Belgien**“ dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen.

Als Anlage übersende ich Ihnen 60 Exemplare mit der Bitte, diese an
die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Landesplanung weiterzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen

h

Prof. Dr. Andreas Pinkwart

Dienstgebäude und Lieferanschrift:
Berger Allee 25
40213 Düsseldorf

Telefon 0211 61772-0
Telefax 0211 61772-777
poststelle@mwide.nrw.de
www.wirtschaft.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:
Straßenbahnlinien 706, 708,
709 bis Haltestelle Poststraße

Bericht der Landesregierung:

**„Einsatz der NRW-Landesregierung für Transparenz und einen raschen Atom-
ausstieg in Belgien“**

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

Sie alle wissen um die intensiv geführten länderübergreifenden Debatten zur Reaktorsicherheit am Standort Tihange. Und uns allen ist ebenso klar, dass die Bevölkerung in den an Belgien angrenzenden Regionen massiv beunruhigt ist; auch wenn die deutsche Reaktorsicherheitskommission den normalen Betrieb der Reaktoren Tihange 2 und Doel 3 zunächst als sicher einschätzte.

Diese Ängste müssen ernst genommen werden: Als Landesregierung ist es unsere Pflicht, für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen einzustehen.

So hat der Landtag bereits am 1. Dezember 2016 einstimmig einen Beschluss gefasst, die sofortige und endgültige Abschaltung der Reaktoren in Tihange zu fordern. Die Fraktion der CDU und die Fraktion der FDP haben am 5. April 2017 diese Forderung vom 1. Dezember 2017 nochmals bekräftigt. Zuletzt wurden in der vergangenen Plenarwoche am 11. Oktober erneut zwei Anträge zur Schließung der Kernkraftwerke im Landtag angenommen. Wir stehen weiterhin zu diesen Beschlüssen.

Die belgische Atomaufsicht FANC und die Betreibergesellschaft engie-Electrabel geben jedoch nach wie vor an, dass der Betrieb der Reaktoren kein Sicherheitsrisiko darstelle.

Nach eigenen Aussagen will die belgische Betreibergesellschaft engie-Electrabel transparent alle Fakten auf den Tisch legen. Hierzu waren am 8. Oktober Vertreter

von Interessengemeinschaften aus Deutschland, Belgien und den Niederlanden zu Gast in Tihange. Bedauerlicherweise erhielten die entsandten Experten jedoch nur unvollständige Antworten auf dringliche sicherheitstechnische Fragen. Ebenso wurde im Hinblick auf relevante Akteneinsicht nur sehr begrenzt Transparenz geschaffen und mit anschließenden Vertraulichkeitsverpflichtungen der informative Mehrwert dieses ersten Treffens zudem beträchtlich eingeschränkt.

Ein konstruktiver Austausch und eine offene Verständigung sehen zweifellos anders aus.

Die Landesregierung setzt klare Signale: Verschiedene rechtliche Schritte gegen den Weiterbetrieb der Kernkraftwerke wurden eingeleitet. Dabei setzen wir uns vor allem für die rechtliche Prüfung eines Liefer- und somit Exportstopps von Brennelementen aus Deutschland nach Belgien ein, auch wenn es hierfür nach derzeitiger Rechtslage zunächst noch keine ausreichende belastbare Grundlage in der Bundesrepublik gibt.

Auch die Historie der bisher angestrebten Klageverfahren unterstreicht noch einmal, dass wir alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen gewillt sind:

- 8. März 2016: Die Landesregierung hat zusammen mit Rheinland-Pfalz Beschwerde gegen die Laufzeitverlängerung der belgischen Kernkraftwerke Doel 1, Doel 2 und Tihange 1 bei der EU-Kommission sowie beim Espoo-Implementation-Committee der UN eingelegt. Das Verfahren wurde zwischenzeitlich von der EU-Kommission eingestellt. Weitere rechtliche Schritte werden geprüft.
- 22. Juni 2016: Die nordrhein-westfälische Landesregierung ist der Klage der StädteRegion Aachen vom 5. Februar 2016 vor dem höchsten belgischen Verwaltungsgericht beigetreten.
- 22. Dezember 2016: Die StädteRegion Aachen, die Gemeinde Maastricht (NL), die Stadt Wiltz (L) sowie neun natürliche Personen und zwei Unternehmen (Weiss-Druck aus Monschau sowie die Aachener Verlagsgesellschaft) reichten am 22. Dezember 2016 in Brüssel eine Zivil-Klage gegen den Weiterbetrieb von Tihange 2 ein. Die Landesregierung hat sich am 28. März 2017 wie auch Rheinland-Pfalz dazu entschieden, dieser Zivil-Klage beizutreten.
- 19. September 2017: Die Landesregierung hat zusammen mit Rheinland-Pfalz einen Antrag auf Beitritt zu den beim belgischen Staatsrat anhängigen Klageverfahren

ren der Umweltvereinigungen Greenpeace und Association Benegora gegen den Weiterbetrieb der AKW Doel 1 und Doel 2 gestellt.

Der multilaterale Rahmen dieser Verhandlungen erfordert eine gezielte Unterstützung der Bundesregierung, die noch stärker mit dem belgischen Staat in Dialog treten muss. Nur so kann letztlich erreicht werden, dass die Reaktoren bis zur endgültigen Klärung der Sicherheitsfragen vom Netz genommen werden. Eine Beschleunigung des Netzausbaus und der zügige Bau von Stromleitungen nach Belgien, wären in diesem Kontext wirksame Maßnahmen, um die belgische Regierung auch ganz konkret von unseren Hilfsangeboten überzeugen. Hierzu sind zeitnah Gespräche über entsprechende planungsrechtliche Grundlagen zu führen.

Darüber hinaus können wir über den Strombinnenmarkt in Europa und in enger Zusammenarbeit mit weiteren betroffenen Nachbarstaaten wie den Niederlanden verlässliche Stromleitungen für den Fall der Abschaltung der Kernkraftwerke Tihange 2 und Doel 3 anbieten. Auch dies bedarf noch einiger Gespräche mit der Bundesregierung wie auch auf europäischer Ebene.

Nicht zu vergessen sind die Gespräche, die wir mit dem zuständigen belgischen Innenminister Jan Jambon sowie der belgischen Energieministerin Marie-Christine Marghem führen wollen. Erste Abstimmungen wurden bereits vorbereitet, eine positive Antwort seitens der belgischen Regierung steht bisher jedoch noch aus.

Die Landesregierung wird im Rahmen ihrer rechtlichen und politischen Möglichkeiten alle bisherigen Bemühungen weiter fortsetzen. Wir setzen auf konstruktive Gespräche und Hilfsangebote und werden uns auch in Zukunft mit aller Kraft für den Schutz der nordrhein-westfälischen Bevölkerung vor den Gefahren der Kernenergie einsetzen.

Der in der vergangenen Plenarsitzung neuerlich bestätigte fraktionsübergreifende Konsens ist in diesem Sinne ein erneut deutliches Signal.